

Arbeiterzeitung

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Sonnabendblätter - allen Arbeitern wertvoll

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Vellagen: Der rote Stern /
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre

Neuer Wahlsieg
der verbotenen
KPD Bulgariens
bei den Gemeindevahlen
siehe Auslandsschicht

7. Jahrgang
Dresden, Donnerstag den 5. November 1931
Nummer 187

Berliner Börsenzeitung gesteht:

„Rein Zweifel, daß Volksbegehren durchgeht, Aussicht auch für den Volksentscheid“

Berührung und Wut im Lager der Faschisten / SPD-Presse verliert die Sprache / Roter Angriff gegen Schied-Diktatur!

Wie eine Bombe hat der Beschluß der Bezirksleitung der kommunistischen Partei Sachsens auf Einleitung des roten Volksbegehrens zur Auflösung des sächsischen Landtages über alle eingeschlagen. In einer Riesenaufgabe wurden die mit sämtlichen kommunistischen Tageszeitungen mit der Ausarbeitung des Volksbegehrens in allen Städten und Orten Sachsens verknüpft. Überall begeisterte Zustimmung des werktätigen Volkes zur Aktion der kommunistischen Partei.

Im Lager des Gegners herrscht beispiellose Wut und Verzweiflung. Am deutlichsten kommt das in einer Meldung zum Ausdruck, die die reaktionäre „Berliner Börsenzeitung“ gestern früh in Fettdruck auf der ersten Seite ihrer Morgenausgabe veröffentlicht. Dort heißt es nach einer Meldung über die Einreichung des Volksbegehrens durch die kommunistische Partei:

„Nach Lage der Dinge kann kein Zweifel bestehen, daß jedes Volksbegehren durchgeht. Wenn dann der Landtag nicht mit sich aus eine Auflösung beschließt, muß der Volksentscheid veranlaßt werden. Auch ein Volksentscheid hat, soweit sich die Dinge bis jetzt übersehen lassen, Aussicht auf Erfolg.“

Die Nationalsozialisten befinden sich bereits vollständig im Schlepptau des Vorstoßes unserer Partei. Das ist die „Neue Leipziger Zeitung“ von gestern offen zu, indem sie schreibt:

„Vor einiger Zeit ist von deutschnationaler Seite die Frage des Volksbegehrens auf Landtagauflösung in die öffentliche Diskussion geworfen worden. Nunmehr werden sich wohl eher über die deutschnationalen und Nationalsozialisten dazu zu bequemen müssen, als Schlepptreuer der Kommunisten das beantragte Volksbegehren zu unterstützen.“

Bereits im Auftrag unserer Bezirksleitung wird festgestellt, daß diese „Drohung“ der Deutschnationalen keineswegs ernst gemeint war. Für sie, ebensowenig wie für die Nationalsozialisten handelte es sich lediglich um ein Druckmittel, um die Regierung Schied schneller ihren Parteiwünschen gegenüber gefügig zu machen.

Wassermanns „Freiheitskampf“ muß gestehen, daß die Kommunisten den Faschisten zuvor gekommen sind. Die SPD hat mit dem roten Volksbegehren nicht nur die Nationalsozialisten vereitelt, sondern das Volksbegehren auch gleichzeitig der Austaft zu einer neuen Massenaktion gegen den braunen Mordfaschismus.

Wie der Dresdner Anzeiger in seiner heutigen Ausgabe berichtet, „beabsichtigen die Deutschnationalen zur Zeit, das Volksbegehren nicht zu betreiben.“ Damit zeigt sich bereits, daß die Hugenbergleute mit Schied eine faschistische Einheitsfront gegen das Volksbegehren bilden.

Die Dresdner Volkszeitung und die Löbauer Volkszeitung spielen allerdings den SPD-Arbeitern wieder die alte Platte vor: „Kommunisten Arm in Arm mit der Reaktion.“ Der Völkischer Weg von der Dresdner Volkszeitung über das rote Volksbegehren einen solchen Schlag bekommen, daß er seinen schwachen Geist aufgegeben hat. Er gibt nur die sächsisch-böhmische Korrespondenz wieder und hängt daran sechs Zeilen Kommentar, daß „eine Landtagswahl mit der sächsischen Reaktion nahe“.

Die Nationalsozialisten fürchten also wie der Teufel das Weihwasser neue Landtagswahlen aus Angst vor der proletarischen Revolution. Die Löbauer Volkszeitung schreibt: „Aber es steht schon heute fest, daß für sie (die Sozialdemokraten) eine Unterstützung dieses kommunistischen Abenteurers nicht in Frage kommen kann.“

Die SPD-Arbeiter denken darüber allerdings anders, als die sozialfaschistischen Führer, die bisher die reaktionäre Schied-Regierung immer unterstützt haben. Das Beispiel von Eschbach, wo sozialdemokratische Arbeiter sich für das rote Volksbegehren ausgesprochen haben und in das Volksbegehren-Komitee eingetreten sind, muß in ganz Ostsachsen verwirklicht werden!

Wie wenig wohl den rechtsradikalen bei der ganzen Sache liegt eine Entschlebung des Vorstandes der Konserpativen Volkspartei in der es u. a. heißt:

„Die Konserpative Volkspartei mußte es entschieden ablehnen, wenn sich bürgerliche Kreise für das kommunistische Volksbe-

gehren auf Auflösung des Landtages einsehen, das in erster Linie den Sturz der Regierung Schied bezweckt.“

Wir Kommunisten sind im Angriff! Das ist der erste unverwundbare Eindruck der sensationellen Wirkung, die der Beschluß unserer Parteileitung hervorgerufen hat. Jetzt gibt es in breiter Einheitsfront mit allen Klassenbewußten Arbeitern durch die Schaffung von Einheitsorganen zur Durchführung des roten Volksbegehrens die Massen in den Betrieben und auf den Stempelstellen, in Stadt und Land zu mobilisieren für den Kampf gegen Not und Reaktion, für ein rotes Sachsen im freien sozialistischen Deutschland.

Demonstrationen in Dresden

Wie wir erfahren, kam es gestern in Dresden-Lößau zu Demonstrationen, die offenbar Sympathiekundgebungen für die Sowjetunion darstellten. Vorher waren schon Handzettel verteilt worden, die zum Schluß des Sowjetstaates aufforderten. Die Polizei setzte, nachdem circa 200 Demonstranten die Kesselsdorfer Straße durchzogen hatten, unter persönlicher Leitung des neuen Polizeipräsidenten Dr. Paligsk, harte Kräfte ein, die bis in die Abendstunden gegen die Ansammlungen vorgingen.

Nazis ermorden Reichsbannerarbeiter

Ries a. d. Elbe, 4. Nov. (Fig. Meld.) Gestern überfielen ein größerer Trupp Hakenkreuzler den 21jährigen Reichsbannermann Arno Wolf, schlugen ihn zu Boden und töteten ihn durch 5 Messerstiche von denen einer ins Herz traf.

Neue Sklaventetten

Nach Lavals Rückkehr von Amerika

Der französische Ministerpräsident Laval ist aus Amerika zurückgekehrt mit einem Freibrief zur Unterjochung und Ausplünderung Europas. Der amerikanische Imperialismus hat die französische Hegemonie auf dem europäischen Kontinent notgedrungen anerkannt und dem imperialistischen Frankreich freie Hand gegenüber Deutschland zugesichert. Es ist noch kein halbes Jahr verlossen seit der Zeit, als die deutsche Bourgeoisie vom „Angriff“ bis zum „Vorwärts“ anlässlich der Diskussion um den Hooverplan, die sich im Lager der imperialistischen Großmächte abspielte, von einem Kampf des Dollar-Imperialismus gegen Frankreich träumte und damit die Illusion zu erwecken suchte, als würde Amerika das kapitalistische Deutschland vor dem aggressiven Austreten Frankreichs in Schutz nehmen. Dieser Traum, an dessen Realität die klügeren Köpfe der deutschen Bourgeoisie selbst nicht glaubten, ist jetzt endgültig zerronnen.

Der amerikanische Imperialismus, der um die Bundesgenossenschaft Frankreichs wirbt, um die französische Karte gegen seinen englischen Rivale auszuspielen, hat Deutschland in der Tat dem imperialistischen Frankreich ausgeliefert. In der Frage des Versailles Systems und des Youngplans ist Frankreich der restlosen Unterstützung durch Amerika über.

Diese Tatsache wird durch die ganze amerikanisch-französische Politik der letzten Monate bestätigt. Das Ergebnis der Amerika-Reise Lavals befestigt endgültig jeden Zweifel in dieser Hinsicht. Im Mittelpunkt der Verhandlungen zwischen Hoover und La-

Rülz diktiert Arbeitsdienst in Dresden!

Die KPD kämpft für Arbeitsbeschaffung bei Tariflohn!

Dresden, 5. November.

In seiner letzten Sitzung vom Dienstag beschloß der Dresden er Rat den sogenannten „freiwilligen Arbeitsdienst“ auch in Dresden den Weg zu ebnen. Zu diesem Zwecke wurde das Ziel ausnahmslos zur Mitwirkung bei der im Wege freiwilligen Arbeitsdienstes geplanten weiteren Planierung des Flugplatzes ermächtigt.

Dieser Beschluß bedeutet eine offene Ignorierung des Beschlusses der Stadtverordneten, die mit Mehrheit vom Räte verlangten, von Arbeiten im „freiwilligen Arbeitsdienst“ Abstand zu nehmen und alle gemeinnützigen Arbeiten, für die eine freie Auftragsvergebung nicht in Frage kommt, als Volkswirtschaftlichen unter tarifmäßiger Entlohnung durchzuführen. Er bedeutet ferner einen Schritt zur allgemeinen Einführung des Arbeitsdienstes, denn es ist klar, daß der Rat bei der Freiwilligkeit, die angeblich der Arbeitsdienst haben soll, schon nachhelfen wird. Einen besonderen Skandal aber bedeutet es, daß

ausgerechnet die Arbeiten auf dem Flugplatz, die der Arbeitergesellschaft zugute kommen, im Arbeitsdienst durchgeführt werden. Dieser sogenannte „freiwillige Arbeitsdienst“ bedeutet neben der Unterjochung der Unternehmeroffiziere gegen die Tarife auch ein direktes Geschenk an die Aktionäre, denen ohnehin jährlich durch Reich, Staat und Stadt Jehnhaulende durch Subventionen in den Rücken geworfen werden. Unzweifelhaft handelt hier der Rat im Einverständnis mit der Schiedsregierung, die ihrerseits besondere Richtlinien schon früher herausgegeben hatte. Die KPD-Fraktion wird die Hintergründe dieses Ratsvorstoßes aufdecken und alle Kräfte für tarifmäßige Entlohnung der Arbeiter einsehen. Dieser Kampf muß geführt werden als ein Teil der großen Volksbewegung gegen Hunger, Elend und Faschismus.

Alle Kräfte eingiebt für das rote Volksbegehren der KPD gegen das Schiedsregime, das muß deshalb die Antwort der Dresdner Werktätigen sein.

Rotes Volksbegehren in Sachsen

Kundgebungen am 7. November, 20 Uhr, in Dresden

Odeum Carusstraße; Gasthof Blasewitz, Schillerplatz; Bürgergarten, Dresden-Lößau

Es sprechen: Landtagsabgeordneter Bruno Siegel; Stadtverordneter Marlin Schneider; Gen. Willi Feller; Gen. Buckendahl, Bochum (Vorbehaltlich polizeilicher Genehmigung)

7. Nov.-Revolutionskundgebung

am Sonntag, dem 8. November, vorm. 10 Uhr, in Dresden

in den Annensälen, Fischhofplatz, für die Mitglieder der Kommunistischen Partei und der revolutionären Massenorganisationen

Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch

Es spricht Genosse Fritz Fleckerl, MdR, Berlin